

Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit in der Schweiz

Autor(en): **Hischier, Guido / Zwicky, Heinrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **9 (1989)**

Heft 17

PDF erstellt am: **14.05.2020**

Persistenter Link: <http://doi.org/10.5169/seals-652315>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Diskussion

Guido Hirschier/Heinrich Zwicky

Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit in der Schweiz

Dieser Beitrag fasst einige Resultate eines Forschungsprojektes zusammen, das sich mit der Frage der *Wahrnehmung und Bewertung der sozialen Ungleichheit in der Schweiz durch die Bevölkerung selbst* befasst. Entsprechend war es für das Forscherteam naheliegend, sich diese Informationen mit Hilfe einer repräsentativen Befragung der in der Schweiz ansässigen Wohnbevölkerung zu verschaffen (1).

Man weiss aus einer Vielzahl von Untersuchungen, dass die Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit nicht notwendigerweise das reale Ausmass der in einer Gesellschaft vorhandenen Ungleichheit spiegelt (vgl. Willener 1957). So kann sich z.B. die gesamtgesellschaftlich bestehende Ungleichheit in der Einkommensverteilung vergrössern, ohne dass diese Veränderung auch von einem grösseren Anteil der Bevölkerung wahrgenommen wird. Die Wahrnehmung der realen Ungleichheit stellt aber eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung dafür dar, dass diese von den Betroffenen nach *Kriterien der sozialen Gerechtigkeit* bewertet und gegebenenfalls in Richtung auf einen mehr egalitären Zustand hin verändert werden kann. Die Diskrepanz zwischen realer Ungleichheit und ihrer Bewertung ist aber nicht nur auf die Begrenztheit der Wahrnehmung gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge durch die Bevölkerung zurückzuführen, sondern auch darauf, dass sich die verschiedenen sozialen Gruppen und Klassen in einer Gesellschaft bezüglich ihrer Ungleichheitswahrnehmung sehr deutlich unterscheiden, obwohl sie ja in ein und derselben Gesellschaft leben.

Wenn wir im folgenden von „sozialer Ungleichheit“ reden, so denken wir in den meisten Fällen an *Unterschiede in der materiellen Lage*, insbesondere an Lohn- bzw. Einkommensunterschiede. Damit behaupten wir nicht, dass es daneben nicht auch noch andere Formen der Ungleichheit gibt. Wir glauben aber, dass diese materiellen Massstäbe des sozialen „Erfolgs“ gerade in einer weitgehend durch-individualisierten kapitalistischen Gesellschaft wie der Schweiz zunehmend an Bedeutung gewonnen haben – und zwar in dem Masse, als einheitliche kulturelle Vorstellungen darüber, was unter gesellschaftlichem „Ansehen“ oder „Prestige“ zu verstehen ist, in Auflösung begriffen sind (Wegener 1988).

Ungleichheitswahrnehmung zwischen Wirklichkeit und Ideologie

Bis anhin liegen noch kaum gesicherte empirische Erkenntnisse in bezug auf die grundlegenden Dimensionen der Ungleichheitswahrnehmung vor. Als Ausnahme sei an dieser Stelle lediglich auf eine neuere Arbeit von Sandberger (1988) verwiesen, der faktorenanalytisch zunächst 12 „intermediäre Konstrukte“ der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit ermittelt. Diese wurden in einem zweiten Schritt auf eine einzige Grunddimension reduziert, die „eindeutig als *Gegensatz von Legitimation und egalitär gerichteter Delegation der Schichtungsordnung* zu deuten ist“ (S. 15).

Unsere eigenen Befragungsergebnisse werden zum einen vor dem Hintergrund dieses Gegensatzes zwischen Erhaltung und Veränderung des Status quo der bestehenden Ungleichheit und zum anderen in Zusammenhang mit der in der Schweiz vorherrschenden Ideologie des Wirtschaftsliberalismus interpretiert.

Zum Befragungszeitpunkt (Herbst 1987) stimmten über Zweidrittel der Befragten der Aussage zu, dass die „Einkommensunterschiede in der Schweiz zu gross“ sind. Des weiteren waren etwas mehr als die Hälfte aller Befragten der Ansicht, dass die Verteilung des Einkommens in der Schweiz „als ungerecht“ einzustufen ist (51% gegenüber 33% der Befragten, welche die Verteilung als „gerecht“ ansehen). Daneben finden sich aber immerhin 16% der Befragten, die sich in dieser Frage nicht entscheiden konnten.

Das Bild einer *Bevölkerung, die der bestehenden Verteilung mehrheitlich kritisch gegenübersteht*, die m.a.W. das Postulat der „Verteilungsgerechtigkeit“ als nicht erfüllt betrachtet, kann nun allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Schweiz zur Zeit kein politisches Potential für eine breit abgestützte Veränderung dieses negativ bewerteten Zustandes besteht. Gemäss einer weitverbreiteten Meinung liesse sich nun vermuten, dass die subjektiv wahrgenommene Ungerechtigkeit auf gesamtgesellschaftlicher Ebene durch positiv bewertete Faktoren wie z.B. den enormen Wohlstand der Schweiz gewissermassen kompensiert wird. Diese Vermutung lässt sich aber zumindest empirisch nicht bestätigen. So lehnt beispielsweise der Grossteil der Befragten, nämlich 58%, die Aussage ab, dass „grosse Einkommensunterschiede für den Wohlstand der Schweiz notwendig sind“, und lediglich 17% stimmen dieser Aussage zu.

Demgegenüber zeigt sich empirisch, dass trotz der überwiegenden Diagnose einer ungerechten Verteilung der Grossteil der Befragten (71%) der Aussage zustimmt, dass „die Leute nur durch grosse Unterschiede in der Bezahlung dazu motiviert werden können, sich bei der Arbeit einzusetzen“. Man könnte hier von einer Art Widerspruch in der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit durch die Bevölkerung sprechen, der sich übrigens auch für andere kapitalistische Industrieländer nachweisen lässt (vgl. Haller 1989). Dieser Widerspruch ist aber nur ein scheinbarer, wenn man bedenkt, dass die Notwendigkeit von Lohnunterschieden zu einem Definitionsmerkmal dessen gehört, was man in kapitalistisch organisierten Gesellschaften primär unter „Verteilungsgerechtigkeit“ versteht, nämlich dass jeder so viel erhalten

soll, wie er dafür zu leisten bereit ist. Obwohl die Bevölkerungsmehrheit diesen Grundsatz und damit die Notwendigkeit von Lohnunterschieden akzeptiert, scheint sie trotzdem der Ansicht zu sein, dass die effektive Einkommensungleichheit das für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als notwendig erachtete Mass überschreitet. Hieraus folgt, dass die Stossrichtung der mehrheitlichen Bevölkerungsmeinung einem *verteilungspolitischen Reformismus* entspricht, der die Ungleichheiten im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung vermindern, diese Gesellschaftsordnung aber aus den genannten Gründen nicht grundlegend verändern möchte.

Ein Korrelat dieser reformistischen Orientierung stellt der weitverbreitete Optimismus innerhalb der Bevölkerung bezüglich der Chancen dar, den eigenen Lebensstandard erhöhen zu können, wenn man nur will: 59% stimmen einem entsprechenden Statement zu, und nur 12% lehnen es ab. Die Befragungsergebnisse geben sodann Aufschluss darüber, welche Faktoren zur Erreichung dieses Ziels als bedeutsam angesehen werden. Dabei zeigt sich, dass die Ausbildung mit 84% deutlich am häufigsten als „wichtig“ oder als „sehr wichtig“ betrachtet wird. Der Faktor „Ausbildung“ wird gefolgt von Merkmalen der individuellen Leistung wie „Fleiss (hart zu arbeiten)“ und „Ehrgeiz“, welche 65% der Befragten als wichtig oder als sehr wichtig einstufen. Auch noch eine Mehrheit der Befragten, nämlich 57%, schreibt angeborenen Fähigkeiten und Talenten eine wichtige oder sehr wichtige Rolle zu.

Alle diese für das individuelle „Vorwärtskommen“ als wichtig erachteten Faktoren entsprechen einer *meritokratischen Mobilitätsvorstellung*, derzufolge der soziale Erfolg durch individuelle Leistung, Arbeitsmoral, Ausbildung und Talente „verdient“ und dadurch auch gerechtfertigt ist (vgl. dazu auch Gorz 1986). Dieses tief verankerte meritokratische Gesellschaftsbild trägt in einem wesentlichen Masse zur *Legitimation von Ungleichheit* bei, auch wenn die Ungleichheit auf gesamtgesellschaftlicher Ebene deutlich stärker wahrgenommen wird, als man dies aufgrund einer eher oberflächlichen Betrachtungsweise des Zustandes der schweizerischen Gesellschaft erwarten würde.

In diesem Zusammenhang stellt sich nun die Frage, welchen Einfluss die *dominante Ideologie des Wirtschaftsliberalismus* auf die Ungleichheitswahrnehmung besitzt. Diese Ideologie (vgl. Schöni 1984) macht sich die oben erwähnte individualistische Aufstiegsorientierung unter dem Leitwert des sogenannten Leistungsprinzips zunutze. Ein für uns wichtiger scheinender Aspekt dieser ideologischen Grundausrichtung, der unter dem Schlagwort „Weniger Staat – mehr Freiheit und Verantwortung“ propagiert wird, wurde durch die Zustimmung zur Aussage operationalisiert, dass „der Staat möglichst wenig in die Wirtschaft eingreifen sollte“. Diese Aussage steht empirisch in einem sehr deutlichen Kontrast zur Aussage, dass es primär Aufgabe des Staates sei, die Einkommensunterschiede zwischen Leuten mit hohen und tiefen Einkommen zu verringern. Es zeigt sich nun, dass Personen, die diese Ideologie des Wirtschaftsliberalismus vertreten, sehr deutlich häufiger

der Ansicht sind, dass die Einkommensunterschiede in der Schweiz nicht zu gross seien und dass die Einkommensverteilung im grossen und ganzen gerecht sei.

Einer der hauptsächlichsten Mechanismen, über den sich die herrschende Ideologie des Wirtschaftsliberalismus auf die Wahrnehmung und Bewertung sozialer Ungleichheit auswirkt, stellt die *Tabuisierung der materiellen Lage dar, im speziellen der Löhne und Einkommen*. Das Ausmass dieser Tabuisierung bietet geradezu einen Schlüssel zum Verständnis der Rolle, welche die dominante Ideologie über ihren Effekt auf das Verhalten der vereinzelt „Wirtschaftssubjekte“ zur Aufrechterhaltung des Status quo spielt.

In unserer Befragung wurden nun erstmals empirische Daten in bezug auf die Verbreitung der Tabuisierung von Lohn und Einkommen erhoben. Dabei zeigt sich, dass mehr als Dreiviertel aller Befragten (77%) entweder mit niemandem oder höchstens mit Familienmitgliedern über den Lohn zu sprechen bereit sind und dass man in der Schweiz offensichtlich auch unter Arbeitskollegen kaum über den Lohn spricht. Weiter zeigt sich, dass diese Tabuisierung von Lohn- und Einkommensfragen grösstenteils „freiwillig“ geschieht. Aber immerhin 6% der Befragten haben im Arbeitsvertrag den expliziten Hinweis festgehalten, nicht über den Lohn zu sprechen, und sogar 18% der Befragten haben von Vorgesetzten entsprechende mündliche Hinweise erhalten.

Mit dieser Tabuisierung sind vor allem zwei Wahrnehmungsdimensionen verknüpft, nämlich einmal die perzipierte Notwendigkeit von Lohnunterschieden zur Arbeitsmotivation, die wir weiter oben im Zusammenhang mit der reformistischen Orientierung der Bevölkerungsmehrheit erwähnt haben, und zum andern die Zustimmung zur Aussage: „Der Wirtschaft hohe Gewinne zu erlauben, ist der beste Weg, den Lebensstandard aller zu erhöhen“. Hinter dieser zuletzt genannten Aussage verbirgt sich die bekannte Rechtfertigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch Bezugnahme auf „Wohlstand“ und „soziale Sicherheit“, denen solange legitimatorische Wirkung zukommt, wie man individuell daran krisenfest teilnehmen bzw. davon individuell „profitieren“ kann.

Es kann denn auch nicht erstaunen, dass in einer Gesellschaft, in der eine ausgeprägte wirtschaftsliberale Ideologie vorherrscht und in der die politische Macht primär den Interessen der wirtschaftlichen Macht verpflichtet ist, der Beitrag des *Staates* zu einer gerechteren Einkommensverteilung von der Mehrheit der Bevölkerung (58%) als ziemlich gering eingeschätzt wird. Dagegen wird der Erfolg von *Arbeitnehmerorganisationen* hinsichtlich ihres Beitrags zur Verkleinerung der Einkommensunterschiede doch deutlich positiver gesehen: Nur gerade 19% der antwortenden Befragten bestreiten einen entsprechenden Effekt der Arbeitnehmerorganisationen, während immerhin 64% dieser Aussage voll oder teilweise zustimmen. Dies dürfte damit zu tun haben, dass auch 1987 im Bewusstsein der Schweizer Bevölkerung der *traditionelle Klassegegensatz* zwischen Unternehmern und Arbeitern im Vordergrund steht: Unternehmer werden am häufigsten als bevorzugte, Arbeiter und Arbeiterinnen als benachteiligte Gruppe genannt.

Obwohl die tatsächlichen Erfolge des Staates in bezug auf eine Verringerung der Ungleichheit als gering betrachtet werden, ist die Zustimmung zu verschiedenen *sozialpolitischen Massnahmen*, die der Staat treffen sollte, erstaunlich hoch. Am deutlichsten zeigt sich das bei der „staatlichen Unterstützung für die Ausbildung von Kindern aus materiell benachteiligten Familien“ mit einer Zustimmungsquote von 81%. In einem deutlich geringeren Masse wird mit 50% der Aussage zugestimmt: „Der Staat soll für jeden, der arbeiten will, eine Stelle bereitstellen“. Aber auch hier überwiegt der Anteil der zustimmenden jenen der ablehnenden Äusserungen (25%) deutlich – bedingt durch einen relativ grossen Anteil von Befragten, die sich weder für eine Zustimmung noch für eine Ablehnung des Statements entscheiden können. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Aussagen „Der Staat sollte für einen annehmbaren Lebensstandard der Arbeitslosen sorgen“ und „Der Staat sollte für jeden ein garantiertes Mindesteinkommen bereitstellen“. Bei diesen Statements ergeben sich Zustimmungsquoten von 46% und 43% gegenüber Ablehnungsquoten von 27% und von 39%. Somit lässt sich in der Schweizer Bevölkerung also auch für die *sozialpolitische Option eines garantierten Mindesteinkommens* zum heutigen Zeitpunkt eine – wenn auch relativ knappe – Zustimmung finden.

Wie nicht anders zu erwarten ist, verringert die oben erwähnte ideologische Grundausrichtung des Wirtschaftsliberalismus die Zustimmung zu den genannten sozialpolitischen Massnahmen des Staates ganz deutlich. Befragte, die der Ansicht sind, dass der Staat nicht in die Wirtschaft eingreifen sollte, sind meistens auch der Meinung, dass es auch nicht Aufgabe des Staates sei, die Chancengleichheit im Bildungssystem zu fördern oder Stellen für arbeitswillige Arbeitslose bereitzustellen.

Strukturelle Determinanten der Ungleichheitswahrnehmung

Es entspricht einer *grundlegenden soziologischen These*, dass gesellschaftliche Probleme – und in unserem Falle die soziale Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft – durch die verschiedenen sozialen Gruppen und Klassen innerhalb der Gesellschaft unterschiedlich perzipiert werden. Dabei hat die Soziologie traditionellerweise darauf hingewiesen, dass sich solche Wahrnehmungs- und Bewertungsunterschiede vor allem zwischen *unterschiedlichen sozialen Positionen* ergeben, welche unter anderem mit Hilfe des Berufs, der Bildung und des Einkommens beschrieben werden können.

Im folgenden soll zunächst auf Unterschiede in der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit zwischen verschiedenen Einkommens- und Bildungsgruppen eingegangen werden. Dabei beschränken wir uns bei der Beschreibung dieser Unterschiede auf die bereits im vorangegangenen Abschnitt angesprochene Grunddimension der Ungleichheitswahrnehmung, welche durch die Frage charakterisiert werden kann, ob die Einkommensunterschiede in der Schweiz als zu gross erachtet werden.

Die Einschätzung von Einkommensunterschieden in der Schweiz steht nun tatsächlich in einem deutlichen Zusammenhang mit der *Einkommens-*

position der Befragten: Je höher die Einkommensposition, desto geringer ist der Anteil derjenigen, die die Einkommensunterschiede in der Schweiz als zu gross einschätzen. Der Anteil der Befragten, die die Einkommensunterschiede in der Schweiz als zu gross einschätzen, erfährt von der untersten zur obersten von insgesamt 10 Einkommensstufen praktisch eine Halbierung (von 80% auf 40%).

Das gleiche Bild ergibt sich für die verschiedenen *Bildungsstufen*, auch wenn die Differenz zwischen den verschiedenen Bildungsstufen etwas geringer ist: Je höher das formelle Bildungsniveau der Befragten, desto weniger werden die Einkommensunterschiede in der Schweiz als zu gross eingeschätzt.

Auch zwischen verschiedenen *Berufskategorien* ergeben sich beträchtliche Unterschiede in der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit. Wir haben in unserer Analyse 14 verschiedene Berufskategorien unterschieden und sind zum Ergebnis gekommen, dass auf der einen Seite „Hilfsarbeiter“, „untere Hierarchiestufen in Büro und Dienstleistung“ sowie „selbständige Bauern“ zu über 75% der Ansicht sind, dass die Einkommensunterschiede in der Schweiz zu gross sind, während dieser Anteil bei den „Professionals“ (Professoren, Anwälte, Ingenieure etc.) und „leitenden Staatsangestellten“ noch knapp über 30% und bei den „Direktoren und Firmeninhabern“ sogar nur mehr etwas über 15% beträgt.

Es wurde sodann auch untersucht, inwieweit die in der Schweiz wohnhaften *Ausländer und Ausländerinnen* ein anderes Bild von der Einkommensverteilung in der Schweiz haben als die Schweizer selbst. Dabei zeigte sich, dass die befragten Ausländer die Einkommensunterschiede stärker als „zu gross“ finden und seltener eine entsprechende Aussage ablehnen. Das bedeutet, dass Ausländer insgesamt *ein kritischeres Bild von der sozialen Ungleichheit in der Schweiz* haben als Schweizer, was wesentlich damit zusammenhängen dürfte, dass sie häufiger untere soziale Positionen einnehmen (vgl. dazu die typische Vorstellung vom „Fremdarbeiter“).

Von einigem Interesse sind auch die Unterschiede, die sich – innerhalb der stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer – zwischen Gruppen mit unterschiedlicher *politischer Orientierung* ergeben. Zunächst zeigt sich, dass zwischen den Sympathisanten der grossen „Bundesrats“-Parteien deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit bestehen. Die Sympathisanten der *FDP* stimmen in stark unterdurchschnittlichem, die Sympathisanten der *SP* in überdurchschnittlichem Masse der Aussage zu, dass die Einkommensunterschiede in der Schweiz zu gross sind. (Die Zustimmungsquoten der Sympathisanten der beiden „Volksparteien“ *CVP* und *SVP* liegen dazwischen). Fast so ausgeprägt wie bei den Sympathisanten der *SP* ist die Wahrnehmung von „zu grossen Einkommensunterschieden“ bei den Sympathisanten der „Oppositionsparteien“ *LdU* und *GPS*. Die Befragten „ohne Parteiensympathie“ weisen einen mittleren Grad von Zustimmung zur Aussage „Die Einkommensunterschiede in der Schweiz sind zu gross“ auf.

Eine Analyse des Einflusses des *Wohnortes* der Befragten auf die Ungleichheitswahrnehmung hat uns zunächst gezeigt, dass die Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen relativ gering sind. Auf jeden Fall ist sowohl in der Stadt als auf dem Land eine Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass die Einkommensunterschiede in der Schweiz zu gross sind.

Auch in bezug auf die *Sprachregionen* ergeben sich keine sehr grossen Unterschiede. Immerhin zeigt sich, dass die befragten Tessiner die Einkommensunterschiede häufiger als „zu gross“ einstufen als die Befragten aus den übrigen Landesteilen.

Im Projekt wurde auch die Frage untersucht, ob sich die Wahrnehmung der *Frauen* bezüglich schichtspezifischer Ungleichheit von derjenigen der Männer unterscheidet. Dabei zeigte sich, dass vor allem gutausgebildete Frauen und Frauen in anspruchsvollen und hochqualifizierten Berufen Diskriminierungen deutlicher wahrnehmen als Männer in vergleichbaren Bildungs- und Berufspositionen. Was die Frage nach der Einkommensgerechtigkeit betrifft, sind 71% der Frauen der Meinung, die Einkommensverteilung in der Schweiz sei ungerecht, im Vergleich zu nur 56% der Männer. Des weiteren wurde die Frage gestellt, ob die Frauen, die ja selbst in vielerlei Beziehungen diskriminiert sind (z.B. Lohnungleichheit, wesentlich schlechtere Vertretung bei den Kaderstellen von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, Mehrfachbelastung durch die selbstverständliche Verantwortlichkeit für den häuslichen Bereich auch bei ausserhäuslicher Tätigkeit etc.), diese sie selbst betreffende Ungleichheit stärker wahrnehmen als die Männer (vgl. Messerli-Rohrbach 1989).

Tabelle : Strukturelle Determinanten der Gerechtigkeitswahrnehmung und des Wirtschaftsliberalismus

	Gerechtigkeitswahrnehmung*	Wirtschaftsliberalismus**
Mtl. Nettohaushaltseinkommen		
Fr. 10000.— und mehr	67,4%	74,4%
Fr. 2000.—— 3000.—	20,4%	39,5%
Formale Bildung		
Universität	59,1%	52,0%
Primarschule	25,2%	38,2%
Berufskategorien		
Wirtschaftsmanager	83,3%	72,8%
Höhere Professionelle	66,7%	63,0%
Bürohilfspersonal	21,2%	40,0%
Hilfsarbeiter	22,2%	25,0%
Parteiensympathie		
FDP	66,3%	73,5%
CVP	46,6%	57,6%
SP	18,6%	30,7%

Nationalität		
Schweizer	39,2%	50,3%
Ausländer	28,9%	24,3%
Geschlecht		
Männer	43,6%	51,4%
Frauen	28,9%	58,7%

*) Zustimmung zur Frage: „wenn Sie Ihr Einkommen mit dem vergleichen, was andere verdienen:

Glauben Sie, in der Schweiz herrscht im grossen und ganzen eine gerechte oder keine gerechte Verteilung?“

**) Zustimmung zur Aussage: „Der Staat sollte möglichst wenig in die Wirtschaft eingreifen“.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die *Einschätzung der Einkommensunterschiede in der Schweiz* (als „zu gross“ oder nicht als „zu gross“) *in einer deutlichen Beziehung zur sozialen Position* der Befragten steht. Das heisst, wer gut situiert ist, hält die bestehenden Unterschiede eher für gerechtfertigt. Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem entsprechenden Zusammenhang zwischen sozialer Position und Ungleichheitswahrnehmung in anderen Ländern (2), so zeigt es sich, dass die Ungleichheitswahrnehmung in der Schweiz einen extrem starken Statusbezug aufweist. Mit anderen Worten: Die Unterschiede zwischen den ärmsten und den reichsten gesellschaftlichen Gruppen in bezug auf ihre Beurteilung der Einkommensungleichheit sind in der Schweiz deutlich grösser als in anderen Ländern.

Demobilisierung der Verteilungskritik

Unsere Daten ermöglichen – mindestens für einige ausgewählte Fragen – einen Vergleich mit einer schweizerischen Bevölkerungsbefragung aus dem Jahre 1975. Dadurch ergeben sich Hinweise auf die Veränderungen in der Wahrnehmung und Bewertung sozialer Ungleichheit im Verlaufe der zwölf Jahre zwischen 1975 und 1987.

Die Grunddimension der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit (vgl. Abschnitt 1), die man als Egalisierung vs. Erhaltung und Rechtfertigung bestehender Ungleichheiten bezeichnen kann, lässt sich im Zeitvergleich wiederum anhand der Frage untersuchen, ob das Einkommen in der Schweiz eher gerecht oder eher ungerecht verteilt ist.

Es zeigt sich, dass in den letzten zwölf Jahren der Bevölkerungsanteil, der die Verteilung des Einkommens in der Schweiz als *ungerecht* einschätzt, deutlich *zugenommen* hat. Während 1975 die Einschätzungen der Einkommensverteilung als gerecht und als ungerecht in der Bevölkerung praktisch gleich häufig vorkamen, stellt man – wie bereits in Abschnitt 1 dargelegt – 1987 eine deutliche Mehrheit der Befragten fest, die die Einkommensverteilung als ungerecht einschätzt.

Dieses Resultat darf aber *nicht* zum voreiligen Schluss führen, dass der soziale „Druck“ bzw. der Veränderungswille in der Bevölkerung hinsichtlich

einer Egalisierung der Einkommensverteilung stärker geworden sind. Es zeigt sich nämlich auch, dass parallel zur Verbreitung von Ungerechtigkeitswahrnehmungen die *gesellschaftspolitische Bedeutung*, die man dem Problem einer gerechteren Einkommensverteilung zumisst, zurückgegangen ist.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass auch in der Schweiz in den letzten Jahren ein *Individualisierungsprozess* stattgefunden hat (vgl. Karrer 1987), der bei einem Grossteil der Bevölkerung zwar zu einer kritischeren Einschätzung der gesellschaftlichen Realität geführt hat, der aber gleichzeitig auch die Bereitschaft reduziert hat, sich für kollektive Ziele und gesellschaftliche Veränderungen einzusetzen. Die Wohnbevölkerung der Schweiz von 1987 ist sich der gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten in stärkerem Masse bewusst als früher, gleichzeitig hat aber die Frage der Verteilungsgerechtigkeit durch ihre Verlagerung von der gesamtgesellschaftlichen auf die individuelle Ebene der privaten Konfliktregulierung eine „Entpolitisierung“ erfahren. Eine solche „Entpolitisierung“ bedeutet keineswegs, dass sich die Bevölkerung mit den bestehenden Ungerechtigkeiten heute leichter arrangieren kann, als dies 1975 der Fall war, sondern sie stellt vielmehr das Ergebnis einer mehr oder weniger erfolgreichen *Demobilisierung der Verteilungskritik* dar, die durch die Restrukturierung der Produktionsbedingungen (Modernisierungsdruck auf berufliche Qualifikation, Flexibilisierung als unternehmerische Strategie) begünstigt worden ist.

In diesem Zusammenhang stellt sich nun die Frage, inwiefern eine solche Demobilisierung der Verteilungskritik dazu führt, dass die Meinungen der Gesamtbevölkerung in verzerrter Weise in den politischen Entscheidungsprozess einfließen. Wie wir bereits im vorangehenden Abschnitt festgestellt haben, stehen *Ausländer und Ausländerinnen* der Verteilung von Einkommen und Gütern in der Schweiz kritischer gegenüber als die Schweizer Bürger. Die Tatsache, dass sie *von den politischen Rechten ausgeschlossen* sind, dürfte mithin auch zu einer „Demobilisierung“ der Verteilungskritik beitragen. Weitaus stärker als bei Schweizern wird von den Ausländern z.B. auch die Meinung vertreten, dass der Staat für einen annehmbaren Lebensstandard der Arbeitslosen sorgen sollte. Das heisst, dass die Unterstützung für sozialpolitische Verbesserungen durch das Fehlen eines Ausländerstimmrechtes tatsächlich „demobilisiert“ wird.

Neben dieser erzwungenen Demobilisierung durch Ausschluss von den politischen Rechten kann man nun aber, was die *Abstinenz breiter Bevölkerungskreise von formell offenen politischen Beteiligungsmöglichkeiten* betrifft, von einer „freiwilligen Demobilisierung“ sprechen. So lässt sich bei den Befragten, die an den Nationalratswahlen vom Herbst 1987 teilgenommen haben, eine deutlich geringere Zustimmung zur Aussage feststellen, dass die Einkommensunterschiede in der Schweiz zu gross sind. Demgegenüber ist – ähnlich wie bei den ausgeschlossenen Ausländern – die volle Zustimmung zu sozialpolitischen Verbesserungen bei den Befragten, die nicht an den Nationalratswahlen teilgenommen haben, deutlich grösser.

Die Teilnehmer an den Nationalratswahlen bewerten zudem „harte Arbeit“ als Faktor des gesellschaftlichen Aufstiegs weitaus höher, als dies bei den Stimmbastinenten der Fall ist. Man kann somit festhalten, dass der Filter der Wahlbeteiligung tatsächlich zu einer Demobilisierung der Verteilungskritik beiträgt, indem sich Leute, die die Einkommensverteilung als gerecht betrachten und die eine ausgeprägte Leistungsideologie vertreten, stärker an den Wahlen beteiligen als Leute, die der bestehenden Verteilung gegenüber kritisch eingestellt sind.

Die Chance, den politischen Entscheidungsprozess auf dem Wege der Artikulation der Verteilungskritik effektiv beeinflussen zu können, hängt in einem wesentlichen Masse vom Zugang zu materiellen und kulturellen Ressourcen ab (vgl. Bourdieu 1983). Der starke Zusammenhang zwischen sozialer Position und Wahrnehmung sozialer Ungleichheit, auf den wir im vorangehenden Abschnitt hingewiesen haben, bedeutet entsprechend, dass den am stärksten benachteiligten Sozialschichten und den Randgruppen, die die Ungerechtigkeit am stärksten erfahren, für die Artikulation der Verteilungskritik gleichzeitig am wenigsten Ressourcen zur Verfügung stehen. Umgekehrt besitzen die bereits privilegierten Bevölkerungsteile über ihren Zugang zu materiellen und kulturellen Ressourcen die Möglichkeit, ihr Bild von der „gerechten Schweiz“ auch mittels der bestehenden formaldemokratischen Legitimationsprozeduren zu sanktionieren und abzusichern. Wie wir im Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung gesehen haben, machen letztere denn auch deutlich stärker von diesen Prozeduren Gebrauch.

Welche Bedeutung wird nun demgegenüber einer allfälligen *kollektiven Mobilisierung seitens der Benachteiligten* im Hinblick auf die Beseitigung der bestehenden Ungleichheit zugemessen? Eines der Statements, die in diesem Zusammenhang vorgegeben worden sind, lautet: „Die sozialen Unterschiede bleiben bestehen, weil sich die einfachen Bürger nicht zusammenschließen, um sie zu beseitigen“. Diesem Statement stimmen 37% aller Befragten voll oder teilweise zu und 45% lehnen es ab, während sich die übrigen einer Stellungnahme enthalten. Betrachtet man nun diejenigen Teile der Bevölkerung, die am unteren Ende der Einkommens- und Bildungsskala stehen, so kehrt sich dieses Verhältnis um: 42% der Befragten mit tiefem Einkommen stimmen dieser Aussage zu, und 37% lehnen sie ab. Nimmt man als Schichtungskriterium den formalen Bildungsabschluss, zeigt sich für die unteren Bildungsschichten eine noch höhere Zustimmungsquote, nämlich 47% gegenüber 30%, die dieses Statement explizit ablehnen. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Ausländer mit einer Zustimmungsquote von 42% (gegenüber 28% Ablehnenden), wobei ein auffallend hoher Anteil von Ausländern sich gerade bei dieser Frage einer Stellungnahme enthalten hat.

Der formalen Bildung scheint nach wie vor eine erhebliche instrumentelle Bedeutung für den individuellen Aufstieg zuzukommen, welche sich vor allem die Angehörigen der sog. Mittelklassen zunutze gemacht haben. Bekanntlich sind diese für kollektive Mobilisierungen nur wenig empfänglich (vgl. für die Schweiz beispielsweise Jeffries (1979)). Demgegenüber scheint für die Angehörigen der ökonomisch unterprivilegierten Klassen, denen der

Zugang zu Bildung und anderen beruflichen Qualifikationen versperrt blieb, eine solche Mobilisierung von unten nach wie vor einen politisch sinnvollen Weg darzustellen, der eine Verbesserung ihrer Situation im Sinne ihres kollektiven Aufstiegs als unterprivilegierte Klasse verspricht (vgl. Zwicky 1988). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass gerade unter den unterprivilegierten Teilen der Bevölkerung keine einheitlichen organisatorischen Vorstellungen darüber bestehen, wie eine solche Mobilisierung zu bewerkstelligen ist.

Wie wir bereits gesehen haben, herrscht in der Bevölkerung offensichtlich die Meinung vor, dass der Staat und damit auch das institutionalisierte Parteiensystem am Problem einer gerechteren Einkommensverteilung gescheitert sind. Demgegenüber sind nahezu Zweidrittel der Befragten der Meinung, dass es vor allem die Arbeitnehmerorganisationen sind, die dazu beitragen, dass die Einkommensunterschiede kleiner werden. Allerdings sind es nun wiederum die Ausländer und – in geringerem Masse – die am stärksten benachteiligten Gruppen, welche den Arbeitnehmerorganisationen tendenziell seltener einen Beitrag zum Abbau der Einkommensunterschiede zugestehen. Dieses Ergebnis zeigt, dass die Integration der Ausländer und der am stärksten benachteiligten Arbeiter- und Angestelltengruppen offensichtlich noch unzureichend ist und dass hier für die Gewerkschaften noch ein ungenutztes Mobilisierungspotential besteht. Die Integration dieses Potentials birgt allerdings die Gefahr in sich, dass damit den Privilegierungsbestrebungen der „schweizerischen Durchschnittsmitglieder“ gegenüber Ausländern und „unterdurchschnittlichen Beitragszahlern“ nicht mehr entsprochen werden kann.

Schlussfolgerungen

Vergleicht man die Schweiz mit den umliegenden Ländern, scheint ihre Bevölkerung in ihrer subjektiven Wahrnehmung mit den bestehenden Einkommensverhältnissen tatsächlich zufriedener zu sein als anderswo. Allerdings ist diese Zufriedenheit keineswegs so überwältigend, wie man dies mit der vielzitierten Stabilität der Schweiz bisher immer zu suggerieren versucht hat. Auch in der Schweiz ist nämlich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, dass die Einkommensunterschiede zu gross und die Verteilung des Einkommens ungerecht seien. Hinzu kommt – und das scheint nun auch ein charakteristisches Merkmal des „Sonderfalles Schweiz“ darzustellen –, dass die Polarisierung zwischen Armen und Reichen, was die Wahrnehmung und Bewertung der sozialen Ungleichheit betrifft, in der Schweiz erheblich stärker ist als in anderen Ländern.

Diese Polarisierung der Ungleichheitswahrnehmung hat in der Schweiz seit Mitte der 70er Jahre laufend zugenommen. Gleichzeitig hat aber im selben Zeitraum eine Demobilisierung des aus der sozialen Ungleichheit resultierenden Konfliktpotentials stattgefunden. Wir haben dabei auf die Bedeutung von materiellen und kulturellen Ressourcen (auch bei formal gleichen Rechten, von denen allerdings die Ausländer ausgeschlossen sind) für die

Beteiligung am politischen Entscheidungsprozess hingewiesen. Es liess sich zeigen, dass der unterschiedliche Zugang zu diesen Ressourcen, über den die verschiedenen sozialen Gruppen und Klassen verfügen, zu einer verzerrten Repräsentation der Verteilungskritik im politischen Entscheidungsprozess führt. Das heisst, dass die Ansichten einer Minderheit der Bevölkerung, die mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden ist, im politischen Entscheidungsprozess deutlich übervertreten sind, während die Ansichten der Bevölkerungsmehrheit, die diesen Verhältnissen kritisch gegenübersteht, ebenso deutlich untervertreten sind.

Gewiss wäre es für eine Gesellschaft, die ihr politisches System als demokratisch versteht, ein wünschbarer Zustand, wenn die verschiedenen Strömungen in der Bevölkerungsmeinung in einer repräsentativen Weise artikuliert würden. Dies ist in der Schweiz trotz der vorhandenen formaldemokratischen Prozeduren nicht der Fall. Letztere scheinen, da sie primär auf die Legitimation des Status quo und nicht auf dessen Veränderung bezogen sind, eine Artikulation der Verteilungskritik eher zu erschweren, als dass sie einer solchen Artikulation förderlich sind. Hinter der „freiwilligen Demobilisierung“ der Verteilungskritik dürfte sich deshalb, wie man bereits aus den früheren Untersuchungen zum Problem der Stimmabstinenz weiss, keineswegs nur „Desinteresse“, sondern vielmehr eine breite Enttäuschung mit dem politischen System bzw. dem Staat verbergen, dem – wie wir gesehen haben – nur noch ein geringer Erfolg bei der Lösung des Problems einer gerechten Einkommensverteilung zugestanden wird.

Es fällt nun auf, dass die Bevölkerung dem Staat trotz seines Misserfolgs immer noch eine grosse Verantwortung für eine gerechtere Einkommensverteilung zumisst und dass ein hoher Erwartungsdruck bezüglich verschiedener sozialpolitischer Massnahmen besteht, die der Staat treffen sollte. Berücksichtigt man nun in diesem Zusammenhang, dass der traditionelle Klassengegensatz zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft im Bewusstsein der Bevölkerung nach wie vor im Vordergrund steht und dass die Arbeitnehmerorganisationen immer noch als die wichtigsten Instrumente zur Verteidigung der Interessen der ökonomisch unterprivilegierten Klassen angesehen werden, gibt es gute Gründe für die Vermutung, dass die ideologische Offensive des Wirtschaftsliberalismus („Weniger Staat – mehr Freiheit und Verantwortung“) den Staat nur vorübergehend von diesem Erwartungsdruck seitens der Bevölkerung zu entlasten vermocht hat. Selbst wenn sich heute vor dem Hintergrund einer verbreiteten Individualisierungstendenz für die Arbeitnehmerorganisationen gewisse Unsicherheiten über Adressaten und Ziele ergeben haben, können gerade sie durch ein kämpferischeres Auftreten dazu beitragen, der zunehmend auf die individuelle Ebene verlagerten Kritik an der bestehenden Verteilung wiederum in einem verstärkten Masse gesamtgesellschaftliche Relevanz zu verschaffen.

Gewiss zeigt sich die Mehrheit der Bevölkerung in der Schweiz immer noch optimistisch in bezug auf die durch das marktwirtschaftliche System gebotenen Chancen, die eigene Situation auf individuellem statt auf kollektivem Wege verbessern zu können. Insbesondere sind es die Angehörigen der

breiten Mittelklasse, die in besonders starkem Masse dazu geneigt sind, ihre Interessen in Form einer Leistungsideologie zu artikulieren, die einer Solidarisierung für kollektive Ziele entgegensteht. Wir haben darauf hingewiesen, dass sich die herrschende Ideologie des Wirtschaftsliberalismus diese individualistische Leistungsorientierung für ihre Ziele zunutze macht und sie in Form des weitverbreiteten Lohn tabus generalisiert. Im Hinblick auf eine Mobilisierung von unten, die auf eine Egalisierung der bestehenden Verteilung gerichtet ist, würde ein erster Schritt somit darin bestehen, dieses Tabu zu brechen. Dies würde zweifellos dazu beitragen, dass die Angehörigen der unterprivilegierten Klassen ihre strukturell begrenzten Chancen in einem noch stärkerem Masse als abhängig von gesamtgesellschaftlichen Bedingungen wahrnehmen, die durch die gesellschaftsbedingte ungleiche Verteilung von Macht und Reichtum in der Schweiz gegeben sind.

Anmerkungen

- 1) Die Ergebnisse basieren auf einer schriftlichen Befragung einer repräsentativ ausgewählten Stichprobe der Wohnbevölkerung in der Schweiz im Herbst 1987.

Konkret wurden in 129 Schweizer Gemeinden 2046 Personen ausgewählt, die um eine schriftliche Beantwortung unserer Fragen ersucht wurden. Von diesen 2046 Personen haben nach verschiedenen Kontaktversuchen schliesslich 48,2% den Fragebogen mehr oder weniger vollständig zurückgeschickt, weitere 341 Personen (16,7%) haben am Telephon zumindest zwei Schlüsselfragen mündlich beantwortet.

Die Befragten (und auch die Antwortenden) verteilen sich in etwa proportional zur Bevölkerungszahl auf städtische und ländliche Gebiete sowie auf die Sprachregionen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in einem umfangreichen Schlussbericht an den Schweiz. Nationalfonds (Hischier et al. 1989) dargestellt und in einer Broschüre zusammengefasst. Letztere kann bei der Konfliktforschungsstelle am Soziolog. Institut der Universität Zürich, Birchstr. 95, 8050 Zürich, gratis bezogen werden.

- 2) Gleichzeitig zu unserer Befragung wurden auch in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Italien, Grossbritannien, in den USA, Australien und Ungarn Bevölkerungsumfragen zum Thema „Soziale Ungleichheit“ durchgeführt. Da zum Teil identische Frageformulierungen verwendet wurden, lassen sich die Ergebnisse für die verschiedenen Länder miteinander vergleichen. Allerdings würde ein solcher Vergleich den Rahmen des vorliegenden Beitrags sprengen.

Literatur

- Bourdieu, Pierre, 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital und soziales Kapital. In: Krekel, R. (Hrsg.); Soziale Ungleichheiten. Sonderband „Soziale Welt“, Otto Schwarz, Göttingen.
- Gorz, André, 1986: Jenseits von Arbeitsutopie und Arbeitsmoral. In: Widerspruch 12, Moral und Macht, Zürich.
- Haller, Max, 1989: Die Klassenstruktur im sozialen Bewusstsein. Ergebnisse vergleichender Umfrageforschung zu Ungleichheitsvorstellungen. Tagungsband I des gemeinsamen Kongresses von DGS, OeGS und SGS in Zürich, Campus, Frankfurt (in Vorbereitung).
- Hischier, Guido/Messerli-Rohrbach, Verena/Zwicky, Heinrich, 1989: Die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit in der Schweiz. Schlussbericht an den Schweiz. Nationalfonds. Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Jeffries, Vincent et al., 1979: Social Class and values, International Journal of Comparative Sociology XX, 3-4:224-40.

- Karrer, Dieter, 1987: Biografie, Habitus und kulturelle Praxis. In: Widerspruch 14, Normalität, Ausgrenzung und Widerstand, Zürich.
- Messerli-Rohrbach, Verena, 1989: „Ich seh etwas, was Du nicht siehst...“. Zur Geschlechterdifferenz in der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit. Lizentiatsarbeit am Soziologischen Institut der Universität Zürich.
- Sandberger, Johann-Ulrich, 1988: Zur Legitimität der sozialen Ungleichheit in West- und Osteuropa. Beitrag für die Ad hoc-Gruppe „Struktur und Kultur sozialer Ungleichheit“ am Soziologenkongress in Zürich 4. – 7. Oktober 1988.
- Schöni, Walter, 1984: Neoliberalismus – eine Konterrevolution der Marktkräfte. In: Widerspruch 8, Formierung nach rechts. Macht und Dissens, Zürich
- Wegener, Bernd, 1988: Kritik des Prestiges. Westdt. Verlag, Opladen.
- Willener, Alfred, 1957: Images de la société et classes sociales, Stämpfli, Bern.
- Zwicky, Heinrich, 1988: Die Verteilung von Macht und Wohlstand in der Schweiz. Soziologische Bestimmungsgründe, Wahrnehmung und Konsequenzen sozialer Ungleichheit, Manuskript, Soziologisches Institut der Universität Zürich.

Wieviel Sicherheit braucht der Mensch?

Eine Publikation zur interdisziplinären
Veranstaltung von Universität und ETH
Zürich im Sommersemester 1988
Verlag der Fachvereine Zürich, Fr. 32.—

Zu bestellen bei:
Verlag der Fachvereine, Auslieferung
Postfach 566, CH-6314 Unterägeri
oder in Ihrer Buchhandlung

ZÜRCHER HOCHSCHULFORUM BAND 14

120 Seiten broschiert,
Fr. 10.—

Bestellung:
Vorwärts,
Postfach 8701,
3001 Bern

